

Die Raubgoldproblematik 1933–1955

Von Thomas Maissen

Inhaltsverzeichnis

1	Deutscher Goldbedarf und Golderwerb 1933–1945	279
2	Die Politik der Schweizerischen Nationalbank	284
3	Der Wissensstand der Schweizerischen Nationalbank	289
4	Mögliche Motive des Nationalbank-Direktoriums	293
5	Die Washingtoner Verhandlungen	302
6	Ansätze zur Flurbereinigung in der Schweiz 1946	305
7	Weitere Verhandlungen mit den Niederlanden bis 1955	308
8	Zusammensetzung und Verteilung des alliierten «Goldtopfs»	311
9	Quellen	314
10	Anmerkungen	316

Die schweizerischen Goldgeschäfte, insbesondere diejenigen der Schweizerischen Nationalbank (SNB), werden im folgenden Beitrag in ihrem internationalen Zusammenhang dargestellt. Auf der einen Seite sind dies die verschiedenen Massnahmen Nazi-Deutschlands, um an Gold heranzukommen, auf der anderen die Bemühungen der westlichen Alliierten, die betroffenen Zentralbanken nach dem Krieg zu entschädigen. Was das in die Schweiz gelangte Gold betrifft, geschah dies vor allem in den Washingtoner Verhandlungen vom Frühjahr 1946. Vor diesem Hintergrund wird gezeigt, wie die SNB aufgrund von stabilitätspolitischen Überlegungen zum wichtigsten Geschäftspartner der Reichsbank wurde. Das Schwergewicht des Beitrages liegt bei der Frage, weshalb das Direktorium der SNB an diesen Geschäftsbeziehungen selbst dann noch festhielt, als klare Warnungen den unrechtmässigen Erwerb des deutschen Goldes belegten. Sechs mögliche Motive werden erörtert und dabei die persönliche Verantwortung der zuständigen Direktoren herausgestrichen.

1 Deutscher Goldbedarf und Golderwerb 1933–1945

Am 23. März 1938, nur zehn Tage nach dem «Anschluss», wird im «Gesetzblatt für das Land Österreich» eine neue Devisenordnung veröffentlicht, deren § 8 die «Anmeldung und Ablieferung ausländischer Werte» regelt.¹ Zu melden sind ausser ausländischen Zahlungsmitteln, Konti und Wertpapieren auch «Gold und Platin in un-
verarbeitetem oder halbverarbeitetem Zustand»; gleichzeitig sind diese Werte «der Reichsbank-Hauptstelle Wien zum Kauf anzubieten». Widrigenfalls drohen massive Strafbestimmungen mit bis zu fünf Jahre schwerem Kerker. Mit solchen Gesetzen saniert sich das «Dritte Reich» vorübergehend: Während die – unfreiwilligen – Anbieter von privatem Gold wenigstens einigermassen in Reichsmark entschädigt werden, wandern die Devisenreserven der österreichischen Staatsbank und ihr Goldvorrat (im Wert von 436 Mio. Fr.) ohne Gegenleistung zur Reichsbank.

Diese Massnahmen sind symptomatisch für Nazi-Deutschland, das bereits vor dem Krieg in permanenter Devisennot ist und seinen Bedarf auf zwanglosem Weg – durch intensivierten Aussenhandel – niemals decken kann. Die eigenen Devisenvorräte betragen im März 1938 noch 76 Mio. RM (137 Mio. Fr.), was zeigt, wie wichtig der Nachschub aus Österreich ist. Schon 1931, also noch vor der Machtergreifung der Nazis, ist in Deutschland der Devisenhandel bei der Reichsbank konzentriert worden; ähnliche Massnahmen haben im Gefolge der Weltwirtschaftskrise auch zahlreiche andere Staaten ergriffen. Gleichwohl sinkt der Gold- und Devisenbestand der Reichsbank sehr rasch, von 860 Mio. RM im Februar 1933 auf 77 Mio. RM Mitte 1934. Mit dem «Neuen Plan» vom September 1934 beginnt unter Reichswirtschaftsminister Hjalmar Schacht die völlige staatliche Kontrolle des Aussenhandels, der vor allem den Rüstungsbemühungen zu dienen hat. Zudem helfen Goldzahlungen aus der UdSSR, die bis Juni 1941 anhalten und 1933/34 immerhin einen Wert von 429 Mio. RM haben, über die prekärsten Engpässe hinweg, so dass die Devisenknappheit wenigstens vorübergehend stabilisiert werden kann.

Im Unterschied zu den Staaten des Goldblocks (Frankreich, Italien, Niederlande, Polen, Belgien, Schweiz) legt die nationalsozialistische Währungspolitik keinen Wert auf eine Goldbindung der Reichsmark. Seit 1933 praktiziert sie eine reine Papierwährung; die Golddeckung der Noten beträgt 1938 nur noch 1%. Abgesehen davon, dass die Edelmetallreserven des Reiches ohnehin gering sind, ist Gold den Nazis auch als angeblich «jüdisch-plutokratisches» Symbol nicht willkommen; ihre Währung sei vielmehr an «Arbeit» gebunden – oder vielmehr an Hitlers dirigistische Dekrete. Während

